

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Lafontant vor Gericht

Vermutlich sind nach dem gescheiterten Putschversuch des ehemaligen Chefs der berüchtigten Duvalier-Geheimpolizei, Roger Lafontant, in Haiti über 100 Menschen ums Leben gekommen. Ein Militärsprecher in Port-au-Prince bestätigte, dass Lafontant in Haiti vor Gericht gestellt werde.

Philippinen: Verhandlungen

Amerikanische und philippinische Regierungsvertreter haben am Mittwoch in Manila ihre Verhandlungen über das Schicksal von sechs amerikanischen Militärstützpunkten auf den Philippinen fortgesetzt. Es wird nicht erwartet, dass die bis Freitag geplante neue Gesprächsrunde zu einem Rahmenabkommen über die künftigen gegenseitigen Beziehungen führen werde.

Tamilen nach Südin

Seit dem Wiederaufflackern des Bürgerkrieges auf Sri Lanka vor einem halben Jahr haben schon mehr als 210 000 Tamilen in Südin die Zuflucht gesucht. Diese Zahl hat Staatssekretär Subodh Kant Sahay am Mittwoch vor dem Oberhaus in New Delhi genannt. Indien wandte für die Notversorgung dieser Flüchtlinge über 110 Mio Rupien auf.

Italien: Fluglotsenstreik

Die italienischen Fluglotsen wolen am Donnerstag und Freitag jeweils zwischen 0700 Uhr und 1400 Uhr streiken, um bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Vom Ausstand werden nach Auskunft der Gewerkschaft Licita alle nationalen und internationalen Flüge mit Ausnahme der Verbindungen zu Italiens Inseln betroffen sein. Armee- und Regierungsmaschinen sowie Flüge zu den Konfliktgebieten am Golf und in Ostafrika sollen ebenfalls abgefertigt werden.

Polen schützt Botschaften

Wegen der Zuspitzung der Lage am Golf will Polen die ausländischen Botschaften in Warschau künftig stärker schützen. Innenminister Krzysztof Kozlowski sagte dazu am Mittwoch, auch wenn das Land von Bagdad nicht zu den Feindstaaten gerechnet werde, seien terroristische Aktionen vor allem gegen Bürger anderer Staaten nicht auszuschliessen.

Albanien wählt im Februar

Der albanische Staats- und Parteichef Ramiz Alia hat an einem Treffen mit Vertretern der oppositionellen Demokraten deren Forderung nach Verschiebung der ersten freien Wahlen am 10. Februar abgelehnt.

Ergänzungsleistungen zu AHV- und IV-Renten

(paf) - In Liechtenstein wohnhafte Landesbürger, denen eine Rente oder eine Hilflosenentschädigung der Alters-, Hinterlassenen- oder Invalidenversicherung zusteht, haben Anspruch auf Ergänzungsleistungen, soweit das anrechenbare Einkommen die im Gesetz vom 10. Dezember 1965 samt Nachträgen festgesetzten Limiten nicht erreicht. Die Ergänzungsleistungen werden von der AHV-IV-Anstalt ausbezahlt und vom Land zurückerstattet, wobei die Gemeinden einen Anteil von 40 Prozent des entstehenden Aufwandes übernehmen.

Für das Jahr 1990 war für Ergänzungsleistungen ein Kredit von Fr. 2 100 000.- budgetiert, der um Fr. 84 600.- überschritten wurde. Die Regierung hat den Mehraufwand gegenüber dem Voranschlag von Fr. 84 600.- sowie die Anweisung des Restbetrages von Fr. 809 000.- für das Jahr 1990 genehmigt.

In den Tiefbau wird auch 1991 wieder am meisten investiert

Die elf Liechtensteiner Gemeinden haben für ihre Tiefbauten Ausgabenkredite von 37,5 Mio Franken in den Budgets berücksichtigt

(mö) - Die elf Liechtensteiner Gemeinden haben für das Jahr 1991 Investitionsausgaben in Gesamthöhe von 86,9 Mio Franken budgetiert. Aus Subventionen des Landes und aus Beiträgen Dritter stehen diesen investiven Ausgaben zufließende Erträge von 19,6 Mio gegenüber, so dass die Nettoinvestitionen noch 67,3 (Vorjahr 63,4) Mio Franken betragen. Wie den von der Regierung vor kurzem genehmigten Gemeinde-Voranschlägen weiter zu entnehmen ist, stehen auch 1991 wieder die Tiefbauten im Mittelpunkt der Investitionstätigkeit. Für sie sind Ausgabenkredite von 37,5 Mio Franken budgetmässig berücksichtigt worden, während für Hochbauten knapp 34,1 Mio Franken reserviert wurden. Die Tiefbauten dominieren in sieben Gemeinden.

Betragsmässig fallen auch heuer in den Tiefbau-Budgets vor allem die Aufwendungen für die Strassenverbesserungen und -neubauten im Ausmass von 11,6 Mio Franken ins Gewicht, wie der tabellarischen Darstellung im Kasten zu entnehmen ist. Allein die Gemeinde Vaduz wird hierfür im laufenden Jahr rund 3,5 Mio Franken aufwenden, und in drei weiteren Gemeinden (Schaan, Eschen und Mauren) liegen die Aufwendungen für Strassenbauten immerhin noch über der Marke von einer Mio Franken.

Fast zehn Mio für Kanalisationsanlagen

Beträchtliche Kosten ziehen weiters die baulichen Massnahmen in den Bereichen Abwasserentsorgung und Wasserversorgung nach sich. Für Kanalisationsanlagen sind Gesamtinvestitionen von 9,5 Mio Franken vorgesehen, während auf Projekte der Wasserversorgung 8,4 Mio Franken entfallen werden. Die drei Gemeinden Vaduz, Triesenberg und Triesen werden in diesen Bereichen die höchsten Investitionen tätigen. Schliesslich entfallen im Tiefbausektor rund 7,3 Mio Franken auf diverse andere Projekte wie Deponien, Spielplätze, Drainagen, Gasleitungen, Rhein- und Rüfeschtzbauteilen, Waldstrassen sowie auf Planungen. Zur Vorbereitung von Baulandumlegungen haben die Gemeinden Ausgabenkredite im Gesamtbetrag von 644 500 Franken budgetmässig berücksichtigt.

Der Tiefbau hat in diesem Jahr in den sieben Gemeinden Triesenberg, Vaduz, Planken, Eschen, Mauren, Gamprin und Ruggell Vorrang vor den Hochbauvorhaben. Mit budgetierten Tiefbau-Aufwendungen in Höhe von 11,4 Mio Franken steht dabei Vaduz erneut klar an der Spitze. Gegenüber dem Vorjahresbudget bedeutet dies für Vaduz eine Zunahme um 2,4 Mio Franken. Auch Triesenberg investiert heuer kräftig in den Tiefbau: die veranschlagten Aufwendungen liegen bei 4,7 Mio Franken (Vorjahr 3,9 Mio). In Gamprin entfallen zwei Drittel (2,1 Mio Franken) der gesamten Investitionsausgaben auf den Tiefbau, in Ruggell werden 1991 sogar fast sämtliche investiven Mittel für Tiefbauvorhaben verwendet.

Gesamthaft überschreiten die Investitionsausgaben aller Gemeinden den Rahmen des Vorjahresbudgets um rund 4,2 Mio Franken oder um fünf Prozent. Aus den Mitteln der Selbstfinanzierung kann ein Anteil von 47,7 Mio Franken der Nettoinvestitionen abgedeckt werden. Die Investitionsrechnungen aller Gemeinden schliessen damit mit einem Fehlbetrag von 19,6 (Vorjahr 14,8) Mio Franken ab.



Den Schwerpunkt der Investitionstätigkeit unserer Gemeinden nehmen auch in diesem Jahr die Tiefbauten ein, für die Ausgabenkredite in der Gesamthöhe von 37,5 Mio Franken in den Budgets berücksichtigt wurden. In insgesamt sieben Gemeinden haben die Tiefbauvorhaben (wie hier in Vaduz) Vorrang vor dem Hochbau.

(Bild: Beat Schurte)

Budgetierte Tiefbauten der Gemeinden für das Jahr 1991

Gemeinde	Gesamttotal Fr.	Strassenverbesserungen, -beleuchtung	Kanalisationsanlagen	Wasserversorgungsanlagen	Planung von Baulandumlegungen	Diverse Tiefbauprojekte Planungen*
Balzers	1 645 000	950 000	290 000	115 000	45 000	245 000
Triesen	3 192 700	534 700	790 000	1 105 000	130 000	633 000
Triesenberg	4 737 000	705 000	1 527 000	1 780 000	-	725 000
Vaduz	11 412 000	3 535 000	3 296 000	3 730 000	32 000	819 000
Schaan	3 869 000	1 060 000	844 000	630 000	315 000	1 020 000
Planken	690 000	360 000	150 000	50 000	-	130 000
Eschen	2 876 500	1 357 000	550 000	258 000	30 000	681 500
Mauren	2 851 500	1 271 000	710 000	421 000	72 500	377 000
Gamprin	2 096 700	945 000	364 000	291 700	-	496 000
Schellenberg	1 185 900	-	600 000	10 000	-	575 900
Ruggell	2 972 000	915 000	395 000	15 000	20 000	1 627 000
Total	37 528 300	11 632 700	9 516 000	8 405 700	644 500	7 329 000

* Unter diverse Tiefbauprojekte fallen u.a.: Deponien, Spielplätze, Drainagen, Gasleitungen, Rhein- und Rüfeschtzbauteilen, Waldstrassen etc.

Gemeinden erhalten 53,5 Millionen Finanzausgleich

Der Voranschlag 1991 im Detail - Überblick über den staatlichen Finanzausgleich

(G.M.) - Die Gemeinden erhalten vom Staat neben den Bausubventionen und den laufenden Beiträgen an bestimmte Personal- und Sachaufwendungen über den sogenannten Finanzausgleich ungebundene Finanzmittel zur Verfügung, um den Gemeinden die Erfüllung und Finanzierung der ihnen übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Für das Jahr 1991 sieht der Landesvoranschlag den Finanzausgleich in Höhe von 53,5 Mio. Fr. vor. Im Vergleich zum Budget 1990 steigt der Finanzausgleich damit um 2,1 Mio. Fr. an.

Der Finanzausgleich kommt aufgrund eines relativ komplizierten Verteilungsverfahrens zustande. Von der Grundstückgewinnsteuer erhält jene Gemeinde einen Anteil von zwei Dritteln zugewiesen, in der die gehandelte Liegenschaft gelegen ist. Daneben wird jenen Gemeinden die Hälfte der Kapital- und Ertrags-

steuer zugewiesen, in deren Gemarkung die tätige Gesellschaft ihren Sitz oder ihre Betriebsstätte hat. Ein weiterer Sechstel der Kapital- und Ertragssteuer wird dem eigentlichen Verteilungssystem des Finanzausgleichs zugewiesen, der überdies mit prozentualen Anteilen an den übrigen Fiskalströmen des Landes gespiesen wird.

Die Regierung hat im Budget 1991 den Mindestansatz, wie er im Gesetz festgelegt ist, für die Verteilung der Steuer- und Abgabeerträge an die Gemeinden angesetzt. Auf der Basis der budgetierten Ertragsverteilungen werden den Gemeinden damit in diesem Jahr Ausgleichsmittel in Höhe von 53,5 Mio. Fr. zur Verfügung gestellt. Im Vergleich zum Vorjahresbudget entspricht dies einer Zunahme von 2,1 Mio. Fr. oder 4,1 Prozent. Nach Angaben der Regierung erhöhen sich die den Gemeinden über den Finanzausgleich zustehenden Anteile an den Fiskalabgaben ungefähr in gleichem Umfang wie die Gesamtsteuererträge, die im Budgetvergleich mit dem Vorjahr um 4,8 Prozent ansteigen.

Der Anteil von 15 Prozent ist der Mindestansatz, der von den gesetzlichen Bestimmungen her möglich erscheint. Eine Erhöhung der Gesamtzuweisungen über den Finanzausgleich erachtet die Regierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt als nicht notwendig. Die Regierung stützt sich dabei auf die Auswertung der Gemeinderrechnungen für das Jahr 1989, wonach die Gemeinden gesamthaft über Re-

servekapital von 153 Mio. Fr. verfügen. «Die Gemeinden könnten damit theoretisch», hält die Regierung in ihrem Bericht fest, «während einer Zeitdauer von 16 Monaten ihre Ausgabenverpflichtungen erfüllen, ohne auf Einkommen angewiesen zu sein. Angesichts dieser positiven Vermögenssituation kann auf eine Erhöhung der nicht zweckgebundenen Finanzzuweisungen verzichtet werden.»

Allerdings gibt die Regierung im Bericht zu verstehen, dass die Aufwand- und Ertragsverhältnisse in den einzelnen Gemeinden stark voneinander abweichen. Probleme mit der Eigenfinanzierung der Ausgaben bekunden nach dieser Darstellung nach wie vor die Berggemeinden und die einwohnerschwächeren Talgemeinden, obwohl der Finanzausgleich in den vergangenen Jahren mehrfach zugunsten dieser Gemeinden abgeändert wurde.

Moslemgelehrte tagen in Mekka

Mekka (spk/dpa) Moslemgelehrte aus zahlreichen Ländern haben am Mittwoch in Mekka darüber beraten, wie dem irakischen Anspruch zu begegnen sei, in der Golfkrise im Namen des Islam aufzutreten. Am Treffen gehe es vor allem darum, den «aggressiven und expansionistischen Plänen» Bagdads zu begegnen, meldete die saudische Nachrichtenagentur.

Zahl und Zusammensetzung der Teilnehmer wurden nicht bekannt. Es dürfte sich vor allem um Gelehrte handeln, die die irakische Annexion Kuwaits verurteilen, verlaute dazu. Ebenfalls am Mittwoch startete eine dreitägige Konferenz von Islamgelehrten in Bagdad.

Am Treffen in der heiligen Stadt Mekka geht es nach den Angaben vor allem darum, die Behauptung Iraks zu widerlegen, ein möglicher Kampf gegen die Präsenz der multinationalen Streitkräfte am Golf käme einem «Heiligen Krieg» (Dschihad) gleich. Es gehe auch darum, Blutvergiessen unter Moslemstaaten zu vermeiden, schrieb die Agentur mit Blick auf die Gefahr eines Golfkrieges weiter. Die Moslemische Weltliga hatte bereits an einer Konferenz im September Bagdad das Recht abgesprochen, sich bei seiner Golfpolitik auf den Islam zu berufen. Sie hatte es auch für rechtens erklärt, dass Saudi-Arabien zum Schutz gegen den Irak nichtmoslemische Streitkräfte ins Land geholt hatte.

Mehr über die Golfkrise auf der «Letzten Seite».

CITY-OPTIK
ALLES FÜR IHRE AUGEN

City Optik AG
FL-9490 Vaduz · Heiligkreuz 49
Telefon 075 / 2 81 88

K. Charly LIMANI
Gebäudereinigung
Anstalt
Triesen
Tel. 075/276 01